

Anfrage des Gesamtelternbeirats der Karlsruher Kindertagesstätten (GKK) an die Kandidatinnen und Kandidaten des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Stadt

Partei: Bündnis 90 / Die Grünen

Kandidatin: Dr. Zoe Mayer

Rückmeldung:

1. Ausbau des Kitaplatzangebots

Welche bundespolitischen Maßnahmen und Initiativen wird Ihre Partei ergreifen, um Kommunen wie Karlsruhe kurzfristig beim Ausbau des Kitaplatzangebots zu unterstützen? Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Öffnungszeiten der Einrichtungen stabilisiert und flexibler gestaltet werden?

Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren Nachwuchs bekommen, wird der Betrieb oftmals wegen Personalknappheit eingeschränkt oder ganz eingestellt. Die Verlässlichkeit der Kitas ist nicht überall und jederzeit gewährleistet. Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen und Fachkräfte in anderen sozialen Bereichen. Wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Deshalb investieren wir in gute Kitas, Kindertagespflegestellen und weitere soziale Betreuungsstätten sowie die Gewinnung von Erzieher*innen und unterstützenden Fachkräften. Wir setzen ein Maßnahmenpaket zur Fachkräftesicherung um.

2. Gewinnung und Bindung von Fachkräften

Welche Strategien verfolgt Ihre Partei auf Bundesebene, um die Ausbildung von Fachkräften im Bereich frühkindlicher Bildung attraktiver zu machen und qualifiziertes Personal langfristig zu binden? Wie möchten Sie die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern und beschleunigen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen?

Die Bildungspolitik des Bundes ist immer wieder mit beschränkten Gestaltungsmöglichkeiten im Bildungsföderalismus konfrontiert, so z.B. bei Fragen der Einstellung, Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Personal. Klar ist aber, dass der Fachkräftemangel eine der großen Herausforderungen des Bildungswesens ist. Daher investieren wir in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieher*innen und unterstützenden Fachkräften. Auch setzen wir uns für schulgeldfreie Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen ein.

Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu bringen. Wenn sich Arbeitgeber*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen.

3. Finanzierung und Unterstützung durch den Bund

Wie plant Ihre Partei, die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund zu stärken, damit Städte wie Karlsruhe die Herausforderungen der Kinderbetreuung besser bewältigen können? Welche spezifischen Maßnahmen zur Förderung der

frühkindlichen Bildung und zur Entlastung der Kommunen stehen in Ihrem Programm?

Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null im Haushalt ist eine Hypothek für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren, in denen gleiche Chancen für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Ideen und Technologien für den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen. Mittel aus dem Deutschlandfonds werden reguläre Haushaltsmittel ergänzen.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine vom Bund beauftragte Studie zeigt, dass bis zu 800.000 Eltern wieder in den Arbeitsmarkt eintreten könnten, wenn eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Kinderbetreuung gewährleistet wäre. Welche bundespolitischen Initiativen schlägt Ihre Partei vor, um dieses Potenzial zu aktivieren und berufstätige Eltern zu unterstützen?

Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder, kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung.

Wir wollen Eltern vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser schützen, zum Beispiel auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen. Die Altersgrenze wollen wir auf 14 Jahre anheben.

5. Qualitätssicherung in der Kinderbetreuung

Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass der notwendige quantitative Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht zu Lasten der Qualität geht? Welche bundesweiten Standards und Konzepte plant Ihre Partei, um die Qualität der frühkindlichen Bildung zu sichern und zu verbessern?

Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2 Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen. Für uns bedeutet Qualität, Kitas als Bildungsräume zu stärken, in denen Kinder Sprachen und MINT-Kompetenzen entdecken. Wir unterstützen Initiativen, die diese Art der frühkindlichen Bildung fördern.